



Legislaturbilanz JI

Das haben wir erreicht in der laufenden Legislatur 2019 bis 2023

Bereich Justiz

Justizvollzug und Wiedereingliederung

Weiterentwicklung Untersuchungshaft

- Die Untersuchungshaft im Kanton Zürich wurde in den letzten vier Jahren grundlegend reformiert. So wurde die durchschnittliche Zeit ausserhalb der Zellen auf 8 Stunden werktags erhöht. In diesen 8 Stunden besteht der Tag für die Inhaftierten aus Arbeit, Beschäftigung, Schule, aber auch gezielter Freizeitgestaltung. Es ist das Ziel, dass die Inhaftierten in dieser Zeit ihre Ressourcen möglichst beibehalten und durch die Krise begleitet werden. Somit veränderte sich vermehrt auch die Aufgabe der Mitarbeitenden vom Aufseher zum Betreuer. Stichworte der Veränderung sind folgende: Ausbau Gruppenvollzug, Ausbau Freizeitaktivitäten wie Sport, Bibliothek, Kurse; Tägliche Duscmöglichkeiten, gemeinsames Essen, Verbesserung der Angehörigenarbeit, Einrichten der Möglichkeit des virtuellen Besuches über Videokonferenzen, Ausbau der Infrastruktur wie Fitnessräume und Aussenraumgestaltung, Anpassung der Besuchszeiten an den Bedarf, Einführung der Kriseninterventionsabteilung KIA. Individualisierung mit den Spezialabteilungen wie Jugendabteilung, KIA, Angebote für Frauen, Temporäre Quarantäne/Covid-Station, Sicherheitsabteilung.
- Auszeichnung von EuroPris (Best 5 of Europe) für das Gefängnis Pfäffikon.
- Erstmalige Bewilligung eines Modellversuches des Bundesamtes für Justiz für die Untersuchungshaft. Dieser Modellversuch wird die Entwicklung in den nächsten 5 Jahren weiter konsequent in Richtung Verhinderung von Haftschäden und Erhalt der Ressourcen unterstützen. Herzstück dieses Modellversuches ist neben dem Ausbau der Kompetenzen für die Sozialarbeit vor allem die Schulung der Mitarbeitenden für die neuen Ansprüche der dynamischen Sicherheit.

Lernprogramm PoG

- Der Regierungsrat hat am 27. Februar 2019 die Thematik «Gewalt gegen Frauen» als Schwerpunkt festgelegt. Zudem erfolgte eine gesetzliche Anpassung (Art. 55a StGB), welche den Strafuntersuchungsbehörden neue Instrumente in die Hand gab, um Fälle häuslicher Gewalt zielführender zu bearbeiten. Justiz und Wiedereingliederung (JuWe) wurde beauftragt, zusammen mit den Strafuntersuchungsbehörden des Kantons Zürich Rahmenbedingungen zu schaffen, dass mehr Tat-



personen häuslicher Gewalt Zugang zum Lernprogramm «Partnerschaft ohne Gewalt» (PoG) erhalten. Diese Anpassungen zeigen Wirkung. In den letzten zwei Jahren nahmen ca. sechs Mal mehr Personen am Lernprogramm PoG teil, als im Schnitt der letzten 20 Jahre. Parallel zu diesen Entwicklungen wurde das Lernprogramm PoG wissenschaftlich überprüft. Es konnte aufgezeigt werden, dass Teilnehmende signifikant weniger rückfällig werden als eine vergleichbare Population, die kein PoG absolvierte. Die Rückfallrate hat sich weit mehr als halbiert. Wenn weiterhin ca. 150 Personen jährlich das PoG absolvieren, können Rückfallgesamtkosten von ca. 2 Millionen CHF pro Jahr eingespart werden (150'000 CHF pro Fall und Jahr gemäss EBG, 2013).

Angehörigenarbeit: Commitment auf Mindeststandards

- JuWe hat sich in den letzten Jahren intensiv mit dem Thema Angehörigenarbeit auseinandergesetzt und zu wesentlichen Meilensteinen auf diesem Gebiet beigetragen: So wurden beispielsweise Mindeststandards für Justizvollzugsinstitutionen empfohlen, die auch über das JuWe hinaus auf Interesse und Zustimmung gestossen sind. Der aktuelle Stand der Wissenschaft wurde veröffentlicht, die Vernetzung relevanter Akteure verstärkt, sowie bereits konkrete Massnahmen wie z.B. die Bildung von Fachgruppen oder Veränderung von Besuchszeiten umgesetzt, um den Interessen der Angehörigen im Kontext des Justizvollzugs besser gerecht zu werden.

Corona im Justizvollzug sehr gut gemeistert

- Unmittelbar nach Ausbruch der Pandemie wurde basierend auf dem bestehenden JuWe Pandemie-Konzept ein Covid-Krisenstab konstituiert. Dieser beschloss die Inbetriebnahme von zwei Quarantäne-Gefängnisse und passte den Justizvollzug soweit an, dass es in den ersten Monaten der Pandemie kein relevantes Infektionsgeschehen in den JuWe Einrichtungen gab. Weiter wurde unter der Leitung des Krisenstabs ein Impfkonzert erarbeitet und umgesetzt, das dazu geführt hat, dass es im JuWe trotz vulnerabler Population (Gefangene) und Risikosituation (enges Setting) nur zu sehr wenig Infektionen gekommen ist und der Betrieb durchgehend aufrechterhalten werden konnte.
- Die Mitarbeit am Projekt «Züri hilft» hat ermöglicht, dass in angespannter personeller Situation Arbeitskräfte flexibel dort eingesetzt werden konnten, wo sie am nötigsten waren.

Staatsanwaltschaft

- Zahlreiche komplexe und öffentlichkeitswirksame Verfahren erfolgreich geführt/abgeschlossen, darunter den Fall Raiffeisen/Vincenz (erstinstanzliche Verurteilung, nicht rechtskräftig), Wärmeringaffäre Winterthur (erstinstanzliches Urteil, nicht rechtskräftig), Mordfall Boppelsen (zweitinstanzliches Urteil, nicht rechtskräftig), «Seefeld-Mörder» (zweitinstanzliches Urteil, nicht rechtskräftig), zudem Anlagen und teilweise Urteile in verschiedenen schweren Raserdelikten.



- Konsequentes Durchgreifen bei Covid-Kreditbetrug. Seit Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 in 334 Fällen gemeinsame Ermittlungen Kapo/Staatsanwaltschaft wegen Verdacht auf Covid-Kreditbetrug. Mutmassliche Gesamtdelikttsumme über 50 Mio. CHF. Verschiedene Verurteilungen erwirkt. (Zahlenstand: anfangs 2022)
- Öffentlichkeitskampagne «Stopp Gewalt gegen Frauen», markante Zunahme der Zuweisungen in das Lernprogramm «Partnerschaft ohne Gewalt», neue Abläufe in Strafverfahren, alles im Zuge des neuen Bundesgesetzes zum Schutz gewaltbetroffener Personen ab 2020.
- Basierend auf einem Entwicklungsplan tranchenweise Stellenerhöhung beim Kantonsrat beantragt und erfolgreich umgesetzt. Neue Stellen mit sehr gut ausgebildeten Fachkräften besetzt.
- Bezug des Polizei- und Justizzentrums PJZ von langer Hand geplant und erfolgreich umgesetzt. Neue Arbeitsprozesse implementiert, Nähe zu Schnittstellenpartnern erzeugt Synergiegewinne
- Stärkung der operativen Führung (zeitgemässe Führungsstruktur mit kleinerer Führungsspanne) und der Organisationskultur (Verhaltens- und Führungsgrundsätze), zudem Zielvereinbarungs- und Inspektionswesen verbessert.
- Digitalisierung aktiv vorangetrieben (Aktenmanagement, Justitia 4.0., Projekt Helium)

Jugendstrafrechtspflege

Die Jugendstrafrechtspflege trägt mit diversen Massnahmen aktiv zur Bekämpfung der ansteigenden Jugendgewalt bei:

- Gewaltdelikte werden prioritär behandelt, Jugendliche konsequent zugeführt und durch die/den Jugendanwalt/-anwältin möglichst zeitnah einvernommen.
- Mittels rascher und gezielter Interventionen sollen negative Entwicklungen durchbrochen und die Jugendlichen von weiteren Gewaltdelikten abgehalten werden.
- Es werden vermehrt Ersatzmassnahmen wie Kontakt- und Rayonverbot (inkl. Electronic Monitoring) sowie vorsorglichen Schutzmassnahmen verbunden mit gewaltpräventiven Zielsetzungen angeordnet.
- Die Sozialarbeit wird möglichst früh einbezogen.
- Die Jugendstrafrechtspflege hat die traditionell enge und gute Zusammenarbeit mit den Polizeikörpern noch einmal intensiviert und arbeitet bei zahlreichen Präventions- und Weiterbildungsprojekten unterstützend mit.



Kantonale Opferhilfestelle

- Die Kantonale Opferhilfestelle (KOH) hat dafür gesorgt, dass der Runde Tisch Menschenhandel seit Beginn dieses Jahres von der KOH geleitet wird und damit unter staatlicher Leitung steht. Dazu hat sie zudem die Verordnung über die Kommission zur Bekämpfung von Menschenhandel vorbereitet.
- Die KOH hat gemeinsam mit dem KSA ein neues Finanzierungssystem für das FIZ geschaffen (externer Auftrag an ZHAW). Die Projektleitung hatte die KOH. Das Projekt konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Das Finanzierungssystem ist seit Anfang dieses Jahres implementiert.
- Die KOH hat ganz wesentlich an der Erstellung des Berichts der AG KIK (Umsetzung Istanbul-Konvention) mitgearbeitet, der die Grundlage für den entsprechenden Regierungsratsbeschluss (338/2021) bildete.
- Den Opferberatungsstellen wurden zur Entlastung zusätzliche Ressourcen im Umfang von 1.5 Mio gewährt. Seither sind allerdings die Fallzahlen weiterhin massiv gestiegen..
- Zu Beginn der Pandemie hat die KOH gemeinsam mit dem Kantonalen Sozialamt und der Stiftung des Frauenhauses Zürich Violetta dafür gesorgt, dass innert weniger Wochen ein temporäres Frauenhaus eröffnet werden konnte.
- Die Opferberatung Zürich hat mit Unterstützung des Lotteriefonds und weiterer Spenden ein Projekt Chat-Beratung gestartet. Es wurde eine gemeinsame Einstiegswebsite geschaffen: www.onlineopferberatung.ch
- Die Kantonale Opferhilfestelle beteiligt sich an der Kampagne www.stopp-gewalt-gegen-frauen.ch der Kantonspolizei Zürich.

Bereich Inneres

Gemeindeamt

- Am 1. Januar 2023 tritt das neue Bürgerrechtsgesetz in Kraft. Seit Juni 2022 können Bewerbende ihr Einbürgerungsgesuch elektronisch einreichen. Ab 2023 wird der gesamte Prozess digitalisiert sein. Zudem hat das Gemeindeamt einen kantonalen Grundkenntnistest entwickelt, den die Gemeinden seit Mai 2022 nutzen können.
- Das Gemeindeamt hat das Weiterbildungsangebot für Gemeinden ausgebaut und auf einer zentralen Website zusammengeführt. Dafür hat es mit den jeweiligen Fachdirektionen und dem Verein Zürcher Gemeindeschreiber und Verwaltungsfachleute (VZGV) zusammengearbeitet.



- Das Gemeindeamt und die Bezirksräte teilen sich seit 2020 die Aufsicht im Bereich Gemeindefinanzen. Das Gemeindeamt prüft seither im 4-Jahres-Rhythmus die Jahresrechnungen der Gemeinden und gemeindenahen Organisationen vertieft.
- 2018 trat das neue Gemeindegesetz in Kraft. Während der 4-jährigen Übergangsfrist hat das Gemeindeamt die Gemeindeordnungen und Statuten von rund 350 kommunalen Organisationen geprüft. Zudem hat es die Bilanzanpassungen sämtlicher kommunaler Organisationen geprüft und genehmigt.
- Im Kindes- und Erwachsenenschutz hat die Direktion als Aufsichtsorgan über die KESB das kantonale Einführungsgesetz überprüft und die Arbeiten an einer Teilrevision des Gesetzes gestartet. Sie soll vor allem für schnellere und einfachere Verfahren sorgen.

Statistisches Amt

- Daten sind eine strategische Ressource. In der laufenden Legislatur haben wir viel Grundlagenarbeit geleistet, um dieser Tatsache Beachtung zu verschaffen. Das umfasst die Arbeit der Fach- und Koordinationsstelle Open Government Data (OGD), unser Engagement in diversen Gremien zur digitalen Transformation, die Koordination datengetriebener Inhalte im ZHweb, den Aufbau mehrerer Communities usw. Der Regierungsratsbeschluss zu den strategischen Initiativen vom 5. Oktober 2022, mit dem im Statistischen Amt acht Stellen im Rahmen der strategischen Initiative Daten geschaffen werden, ist das Sprungbrett zu einer Intensivierung dieser Aktivitäten in der nächsten Legislatur.
- In der Corona-Pandemie hat das Statistische Amt mit dem Gesellschaftsmonitoring und mit der Bereitstellung der Fallzahlen aller Kantone als OGD gezeigt, dass freiwillige Kooperation verschiedener Verwaltungsstellen und zivilgesellschaftlicher Akteure in kurzer Zeit Relevantes zu leisten vermag.
- Der Datensatz ZHAFIS (Zürcher Haushaltsfinanzstatistik) bildet erstmals die finanziellen Verhältnisse der Zürcher Haushalte umfassend ab und ermöglicht evidenzbasierte Politikentscheide im Sozial- und Steuerbereich.
- Im Bereich Wahlen & Abstimmungen wurde neben der Revision des Gesetzes über die politischen Rechte GPR die Ergebnispräsentation vollständig im Hinblick auf die zunehmende mobile Nutzung überarbeitet. Neu werden auch die Resultate kommunaler Abstimmungen abgebildet und können von den Gemeinden auf Wunsch in den eigenen Internetauftritt eingebunden werden. Auch in die App VotelInfo sind die kommunalen Vorlagen mit Zürich als Pilotkanton neu integriert, so dass alle Staatsebenen abgebildet werden.



Staatsarchiv

- Im Sommer 2019 haben wir Bau 3 in Betrieb genommen. Das Bauprojekt konnte innerhalb der Zeit und innerhalb des Budgets realisiert werden und funktioniert seither sehr gut. Einerseits dient das neue Gebäude der Kundschaft und externen Gruppen (Seminarräume etc.), andererseits dem Staatsarchiv selbst (Arbeitsräume, Magazine).
- Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Bereich Informationsverwaltung vertiefen wir laufend. Zentrales Element 1: Das Angebot «Integrierte Informationsverwaltung für Zürcher Gemeinden» ist inzwischen fester Bestandteil unserer Dienstleistungen und wird von 32 (zufriedenen) Gemeinden genutzt. Zentrales Element 2: Das Projekt DigDataZH (digitale Langzeitarchivierung) ist von Anfang an so ausgelegt, dass die Gemeinden vom Know-how des Staatsarchivs und von Digisol (IT JI) profitieren können.
- Unsere Arbeiten im Bereich Fürsorgerische Zwangsmassnahmen konnten wir weitgehend abschliessen. Neben der Begleitung von über tausend Zürcher Betroffenen ist auch eine wissenschaftliche Untersuchung zu nennen, die wir als Buchpublikation herausgebracht haben. Inzwischen sind wir involviert in die Diskussionen um (Ausland-)Adoptionen, wo wir zusammen mit dem Kanton Thurgau ebenfalls eine wissenschaftliche Untersuchung angestossen haben.
- Im Bereich Dienstleistungen für das Archivpublikum haben wir einerseits das Online-Angebot weiter ausgebaut; die Nutzungszahlen steigen stark an. Andererseits bieten wir Mittelschulen und Berufsschulen die Möglichkeit, quellenbasierte Lerneinheiten im Staatsarchiv abzuhalten, die auf grosses Interesse stossen.

Handelsregisteramt

- Das Handelsregisteramt bewältigte in den drei Jahren zwischen 2018 und 2021 über 12% mehr Eintragungen ins Handelsregister.
- Das Handelsregisteramt arbeitet kontinuierlich daran, das digitale Potenzial zu optimieren, sowohl in den internen Prozessen, wie auch im Kontakt mit der Kundschaft.
Dazu gehört ein digitaler Workflow in den Kernprozessen oder beispielsweise einer der ersten Chatbots der kantonalen Verwaltung.
- Das Handelsregisteramt arbeitet intensiv an Optionen für die Vereinfachung des elektronischen Behördenverkehrs, dies insbesondere auch in Zusammenarbeit mit weiteren Anspruchsgruppen. Das Ziel lautet, eine medienbruchfreie, durchgängige Datenübertragung zu erreichen.
- In der laufenden Legislatur bewältigte das Handelsregisteramt zahlreiche Gesetzesänderungen und setzte diese erfolgreich in die Praxis um, inklusive Überarbeitung von rund 200 Merkblättern und Formularen.



- Indem das Handelsregisteramt die gesetzlich vorgeschriebene Eintragung von Firmen im Kanton Zürich prüft, leistet es einen wesentlichen Beitrag zur Rechtssicherheit und zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität.
- Das Handelsregisteramt entwickelte in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei Zürich Massnahmen zur Prävention und Verhinderung von Mantelhandel und stärkt damit den Wirtschaftsstandort Zürich.

Fachstelle Integration

- Am 1. Mai 2019 trat die für alle Kantone verbindliche Integrationsagenda Schweiz (IAS) in Kraft (Art. 15 der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern, VIntA). Diese sieht eine Intensivierung der Integrationsförderung von geflüchteten Personen vor. Die Fachstelle Integration hat gemeinsam mit den relevanten kantonalen Ämtern und den Gemeinden ein Konzept zur Umsetzung der Integrationsagenda im Kanton Zürich (IAZH) erarbeitet. Dieses wurde am 24. April 2019 vom Regierungsrat verabschiedet (vgl. RRB Nr. 434/2019).
- Die Fachstelle Integration hat mittels Akkreditierung einen qualitativ geprüften kantonalen Angebotskatalog IAZH erstellt. Die akkreditierten Angebote sind in einer Datenbank online gut zugänglich. Den Gemeinden stehen rund 200 Angebote für die individuelle Förderung von Geflüchteten zur Verfügung. Zudem hat die FI das Schulungs- und Weiterbildungsangebot für die fallführenden Gemeinden eingeführt sowie ein Online-Handbuch zum Fördersystem für Geflüchtete erstellt.
- Seit dem 1. Januar 2021 wird das neue Fördersystem für Geflüchtete vollständig umgesetzt. Die Fachstelle Integration hat mit 160 Gemeinden eine Vereinbarung IAZH abgeschlossen und ein teilautomatisiertes Reporting-System eingeführt.
- Mit dem Kantonalen Integrationsprogramm KIP 2 konnte die Integrationsförderung in den Städten und Gemeinden besser verankert und überregionale Angebote konnten konsolidiert und ausgebaut werden. Es hat sich in den Vertragsgemeinden eine vielfältige, den lokalen Bedürfnissen angepasste Angebotslandschaft herausgebildet.
- Die Fachstelle Integration hat die Strategie für das Kantonale Integrationsprogramm 2022–2023 (KIP 2bis) erarbeitet. Bei der im Mai 2021 vom Regierungsrat verabschiedeten Strategie handelt es sich um eine Weiterführung der zweiten Programmphase.
- Am 1. Januar 2019 trat das revidierte Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) in Kraft und damit auch ein verstärkter Auftrag für die Information und Beratung der ausländischen Bevölkerung (verbindlicher Erstinformationsauftrag). Die Fachstelle Integration hat die Broschüre für Neuzugezogene neu konzipiert und die Will-



kommensbroschüre in sechs Sprachen publiziert (D, E, F, I, P, Sp). Weiter lancierte die Fachstelle die entsprechende Website «Willkommen im Kanton Zürich» in sechs Sprachen. Ein weiterer Schwerpunkt der Informations- und Sensibilisierungsarbeit stand im Zusammenhang mit der Coronapandemie. Die Fachstelle unterstützte diverse Regelstrukturen bei der Übersetzung und Verbreitung pandemiebezogener Informationen und beriet sie in Fragen der Informationsaufbereitung für die Migrationsbevölkerung.

Fachstelle Kultur

Covid-Finanzhilfen sichern kulturelle Vielfalt

Die Folgen der Corona-Pandemie treffen Kulturschaffende und Kulturunternehmen besonders hart. Dank der von Bund und Kanton finanzierten Covid-Finanzhilfen für den Kulturbereich konnten die Auswirkungen abgefedert werden. Seit Ausbruch der Pandemie und Inkrafttreten der Notverordnung im März 2020 bis zum Abschluss der sogenannten Ausfallentschädigungen im Juli 2022 und der Covid-19-Kulturverordnung Ende 2022 wurden durch die Fachstelle Kultur die folgenden Gesuche geprüft und Finanzhilfen gesprochen:

- 3678 Gesuche von Kulturschaffenden
- 1635 Gesuche von gemeinnützigen und gewinnorientierten Kulturunternehmen
- Insgesamt rund 150 Mio. an Ausfallentschädigungen für 2020-2022 (Stand: Ende 2022)

Ohne diese Finanzhilfen hätten viele Kulturschaffende und Kulturunternehmen die Folgen der Pandemie nicht «überlebt». Damit leistet die Unterstützung einen nachhaltigen Beitrag zum Erhalt der kulturellen Vielfalt im Kanton.

Weiterführung reguläre Förderung

Das nach Ausbruch der Pandemie formulierte Ziel, die reguläre Förderung, trotz grossen Einschränkungen und partiellem Veranstaltungsverbot, weiterzuführen, wurde erreicht. Damit konnte sich die kantonale Kulturförderung als verlässliche Partnerin der Kulturszene positionieren.

Die Folgen der Pandemie hat viele Kulturschaffende existenziell bedroht. Darauf hat die Fachstelle Kultur reagiert und im Jahr 2021 und 2022 Mittel aus der Projektförderung für die direkte Förderung von Kulturschaffenden verwendet. So konnten die sogenannten «Freiraumbeiträge» zwischenzeitlich deutlich ausgebaut werden.

Aufbau und Etablierung Kulturfonds

Mit der Inkraftsetzung des neuen Lotteriefondsgesetzes per 1. Januar 2021 ging die Zuständigkeit für Gesuche um Investitionsbeiträge und kulturelle Sonderprojekte vom Lotteriefonds an die Fachstelle Kultur über. Mit Investitionsbeiträgen werden Mittel an Bau- und Infrastrukturvorhaben von gemeinnützigen Kulturinstitutionen (Umbauten, Neubauten, Verbesserungen der bestehenden Infrastruktur) vergeben, Sonderprojekte



sind einmalige ausserordentliche kulturelle Vorhaben, die über die reguläre Tätigkeit der Kulturinstitutionen hinausgehen.

Stärkung der Kulturellen Teilhabe

Im Bereich der kulturellen Teilhabe konnten weitere wichtige Massnahmen umgesetzt werden: Die Werkbeiträge in Bereich Literatur wurden für die fünfte Landessprache geöffnet. Zugelassen sind neu literarische Projekte in allen Sprachen. Neu sind alle Merkblätter zu den Förderbereichen auf Englisch übersetzt.

Fachstelle Gleichstellung

- Mit Workshops erreicht die Fachstelle eine grosse Bandbreite an Bevölkerungsgruppen. Die Workshops ermächtigen die Bürger:innen im Wahrnehmen ihrer Gleichstellungsrechte.
- Die Fachstelle ermöglicht mit der Präsenz als Kompetenzzentrum den Zugang zu Verbesserungen in der Gleichstellung für Bürger:innen im Kanton Zürich. Neben Menschen im Erwerbsleben sensibilisiert und berät die Fachstelle eine Vielzahl an Jugendlichen, beispielsweise im Rahmen der Berufsmesse oder an diversen Berufs- und Hochschulen.
- Mit Auszeichnungen wie dem PrixBalance zeichnet die Fachstelle Arbeitgebende aus, die in Vereinbarkeitsfragen vorbildlich sind. Eine weitere wichtige Auszeichnung ist der Social Innovation Award, welcher im Rahmen von weiblicher Innovationskraft soziale Projekte auszeichnet.
- Mit der Arbeit an Berichten, wie beispielsweise dem Global Media Monitoring Projekt, verbessert die Fachstelle die Datenlage in gleichstellungsrelevanten Bereichen, wodurch sinnvolle Massnahmen abgeleitet werden können.
- Die Pandemie hat die Beratungsnachfrage erheblich gesteigert. Zu Beginn der Pandemie hat die Fachstelle mit bereichsübergreifender Unterstützung regiert, z.B. indem sie zwei Mitarbeitende zur Aushilfe im RAV eingesetzt hat.
- Mit dem Engagement zur UNO BRK setzt sich die Fachstelle für die Sichtbarkeit und Teilhabe von Menschen, die mehrfacher Diskriminierung ausgesetzt sind ein.

Generalsekretariat

- Die Teilhabe der verschiedenen Bevölkerungsgruppen an der Gesellschaft gefördert und gestärkt; neue Formen der Teilhabe erprobt, verschiedene Projekte zur Vernetzung und Sensibilisierung innerhalb kantonaler Verwaltung (Community of Practice, Brown Bag Lunch Serie, Teilhabe-Check)
- Diskriminierung entgegengewirkt: in Zusammenarbeit mit der Fachstelle Integration ein Beratungsangebot für von rassistischer Diskriminierung betroffener Personen aufgebaut; div. Projekten und Veranstaltungen zu Themen Migration, Integration, gesellschaftliche Vielfalt, Diskriminierungsschutz gefördert



- Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Staat und Religionsgemeinschaften geprüft/entwickelt: Gemeinsame Legislatorschwerpunkte mit anerkannten Religionsgemeinschaften; Projekte mit der Vereinigung der Islamischen Organisationen in Zürich VIOZ: Organisationsentwicklung, muslimische Seelsorge, Zürich-Kompetenz, Sicherheit besonders gefährdeter religiöser Minderheiten
- Politische Beteiligung gestärkt (Jugendpartizipation: Capstone-Studie, Projekt Stärkung der politischen Teilhabe junger Menschen an Berufsschulen, Rede mit!; Züri-Löwinnen; Bürgerpanels zum Klimaschutz in Uster, Winterthur und Thalwil, Stimmrechtsalter 16)
- Aufsicht über Bezirksbehörden und Gemeinden transparent organisiert: Aufsichtskonzept über die Bezirksbehörden umgesetzt, Visitationen durchgeführt, Schlussbericht zur Umsetzung der Portfolioanalyse ergangen, Empfehlungen zur Optimierung und Weiterentwicklung der Bezirksbehörden umgesetzt
- Gemeinden gestärkt und neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Kanton geprüft (vier Arbeitsgruppen aus der Plattform «Gemeinden 2030» bearbeiten die Themen Miliztätigkeit, Zusammenarbeit Gemeinden-Kanton, digitale Transformation, interkommunale Zusammenarbeit); neue Plattform Klimadialog geschaffen zusammen mit dem Verband der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich und der Baudirektion
- Stärkung der Kinderrechte: durch das Projekt «Child-friendly justice» Sensibilisierung innerhalb der Direktion betr. Wichtigkeit der Umsetzung der UNO-Kinderrechtskonvention erreicht; Massnahmen zur besseren Gewährleistung der Kinderrechte geprüft; Bericht betr. Bestandesaufnahme und Massnahmenpaket ist in Arbeit
- Totalrevision IDG: Umsetzung von Forderungen einer Evaluation des Gesetzes, diverser Vorstösse aus dem Kantonsrat, Vorgaben zur Verwendung von Daten durch die Verwaltung («Strategie Digitale Verwaltung»), verwaltungsinterner Anpassungsbedarf; Gesetz totalrevidiert, Vernehmlassung gestartet
- Revision Gesetz über die politischen Rechte (GPR): Die seit mehreren Jahren pendente Revision des GPR umgesetzt. Die Änderungen sollen die Ausübung der politischen Rechte im Kanton Zürich vereinfachen, erkannte Schwachstellen im Vollzug beheben und kleinere gesetzliche Lücken schliessen. Es wird neu für alle kantonalen und kommunalen Mehrheitswahlen ein Vorverfahren durchgeführt, um die Information der Stimmberechtigten über die Kandidierenden zu verbessern.
- Bewältigung der durch die Corona-Pandemie angefallen Zusatzarbeiten: grosser Effort des Gesetzgebungsdienstes durch die Prüfung zusätzlich Vorlagen innert kürzester Zeit, Übersetzungen von Behördeninformationen in 12 Sprachen, Unterstützung Kulturschaffender und religiös tätiger Organisationen, u.a. durch pauschalisierte, unbürokratische Ausfallentschädigungen
- Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT): Neue IKT-Infrastruktur und Applikationen: Go live Gefängnis Zürich West mit neuer IKT-Infrastruktur / Smartphone-App fürs Management von inhaftierten Personen; Erweiterungen und Anpassungen in der Geschäftsverwaltung für Justizvollzug und Wiedereingliederung; Einführung des elektronischen Patientendossiers; Gesamterneuerung der Re-



chenzenterinfrastruktur und Einführung einer Service Management Applikation. Zudem wurden diverse manuelle Prozesse mittels Robotern (RPA) automatisiert.

- Verwendung einfache/leichte Sprache in der Direktion: Initiieren, Koordinieren und Umsetzen von Projekten, Monitoring der Bemühungen, Vernetzung mit anderen Direktionen; erstmaliges Angebot einer Wahlanleitung in leichter Sprache für die KR- und RRwahlen in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt
- Führungsverständnis: Weiterarbeiten an Führungsgrundsätzen auf allen Führungsstufen, z.B. an Führungskonferenzen, Operationalisierung in HR-Instrumenten; Rahmenbedingungen: psychologische Sicherheit, Ambidextrie
- Durchführung Willkommensanlässe/Sprechstunde für MA, Ausbau Arbeitswelt@JI / Mitarbeitendenbefragung
- Bemühungen Rekrutierungen (Ausschreibung Online-Assessments, Projekt win4JI), Ausbau LinkedIn-Auftritt /Arbeitgebermarketing